



Rechtsprechungsübersicht aktuell

Ausgabe September 2014

Inhaltsübersicht

Zivilsenate

1. 3 U 66/14 **Beschluss vom 18.06.2014**
Arzthaftung, persönliche Untersuchung, Leitlinien, Gegenüberstellung von Sachverständigen
2. 11 U 98/13 **Urteil vom 18.06.2014**
Postzustellungsurkunde, Beweiskraft, Haftung der Post
3. 11 U 107/13 **Urteil vom 23.07.2014**
Straßenbaulastträger, Barrierefreiheit, Menschen mit Behinderung, Verkehrssicherungspflicht, Amtspflichtverletzung
4. 15 W 102/13 **Beschluss vom 22.05.2014**
unbekannte Erben
5. 15 W 144/13 **Beschluss vom 27.05.2014**
Nachweis der Erbfolge
6. 15 W 403/13 **Beschluss vom 12.06.2014**
Wirkung der Rechtsfähigkeit einer Religionsgemeinschaft
7. 15 W 406/13 **Beschluss vom 24.06.2014**
Kosten des Erbscheinverfahrens
8. 15 W 33/14 **Beschluss vom 17.06.2014**
Umdeutung, Grundbucheintragungsverfahren
9. 15 W 94/14 **Beschluss vom 06.08.2014**
familiengerichtliche Genehmigung, Grundstücksübertragung, Minderjähriger

10. 15 W 189/14 **Beschluss vom 10.07.2014**
Bevollmächtigung, Nachweis, Grundbucheintragung,
Abspaltungs- und Übernahmevertrag
11. 15 W 208/14 **Beschluss vom 08.07.2014**
Geschäftswert, Erbschein
12. 26 U 35/13 **Urteil vom 12.08.2014**
Zahnärztliche Behandlung, Kosten Aufklärung, andere
Behandlungsmöglichkeiten, Eigenknochenzüchtung,
Knochenersatzmittel, Knochenentnahme
13. 32 SA 46/14 **Beschluss vom 09.07.2014**
Mahngericht, Kostenfestsetzung, Zuständigkeit
14. 32 SA 48/14 **Beschluss vom 12.08.2014**
Zuständigkeitsbestimmung, sachliche Zuständigkeit

Familiensenate

1. 10 UF 115/14 **Beschluss vom 07.08.2014**
Gerichtlich gebilligter Vergleich
2. 11 WF 95/14 **Beschluss vom 10.07.2014**
Übergang eines titulierten Unterhaltsanspruchs auf ein als
Anstalt öffentlichen Rechts organisiertes Jobcenter in
Nordrhein-Westfalen, Erteilung der Vollstreckungsklausel

Strafsenate

1. 1 RBs 124/14 **Beschluss vom 24.07.2014**
Einspruchsbeschränkung, Zustimmung der Staatsanwaltschaft,
Tilgungsfrist, Überliegefrist, Verkehrszentralregister
2. 1 Ws 305/14 **Beschluss vom 24.07.2014**
Besetzung des Senats, Erstattung von Gebühren des
Wahlverteidigers neben einem Pflichtverteidiger
3. 1 Ws 360/14 **Beschluss vom 21.07.2014**
Widerruf der Strafaussetzung zur Bewährung, fehlende
Kenntnis des Verurteilten von einem die Bewährungszeit
verlängernden Beschluss
4. 1 VAs 21/14 **Beschluss vom 18.06.2014**
Therapieabbruch, Therapieresistenz, Zurückstellung der
Strafvollstreckung
5. 2 RVs 17/14 **Urteil vom 17.06.2014**
Gesamtstrafenbildung, Verschlechterungsverbot,
Strafaussetzung zur Bewährung
6. 2 RVS 33/14 **Beschluss vom 29.07.2014**
Bestrafung, Besitzes einer geringen Menge von BtM
(Marihuana), Eigenverbrauch

Zivilsenate

zu 1: 3 U 66/14 Beschluss vom 18.06.2014
Arzthaftung, persönliche Untersuchung, Leitlinien, Gegenüberstellung von Sachverständigen

1. Leitlinien medizinischer Fachgesellschaften stellen einen Wegweiser für den medizinischen Standard dar. Weicht die Beurteilung des Sachverständigen von einer solchen Leitlinie ab, so bedarf dies einer nachvollziehbaren Begründung. Hierfür genügt die Berufung auf die eigene Expertenmeinung alleine nicht.

2. Hat das Gericht gem. § 412 Abs. 1 ZPO einen neuen Sachverständigen beauftragt, weil es das Gutachten des ersten Sachverständigen für ungenügend erachtet hat, so ist es im Regelfall nicht verpflichtet, den früheren Sachverständigen zum Zwecke der Gegenüberstellung mit dem neuen Sachverständigen zu einem weiteren Termin zu laden, wenn der frühere Sachverständige bereits in einem ersten Termin mündlich angehört worden ist und dabei die berechtigten Zweifel an seinem Gutachten nicht hat ausräumen können.

zu 2: 11 U 98/13 Urteil vom 18.06.2014
Postzustellungsurkunde, Beweiskraft, Haftung der Post

Zur Haftung der Post aufgrund einer unrichtigen Postzustellungsurkunde.

zu 3: 11 U 107/13 Urteil vom 23.07.2014
Straßenbaulastträger, Barrierefreiheit, Menschen mit Behinderung, Verkehrssicherungspflicht, Amtspflichtverletzung

Aus der in § 9 Abs. 2 Satz 2 StrWG NRW geregelten Verpflichtung des Straßenbaulastträgers, die Belange von Menschen mit Behinderung und anderer Menschen mit Mobilitätsbeeinträchtigung mit dem Ziel zu berücksichtigen, möglichst weitgehende Barrierefreiheit zu erreichen, folgt nicht, dass jede Straße, unabhängig von ihrer jeweiligen Bedeutung auch für behinderte Personen sicher zu befahren sein muss. Auch unter Berücksichtigung dieser Vorschrift bestimmt sich der Umfang der Verkehrssicherungspflicht danach, was ein durchschnittlicher Benutzer der betreffenden Verkehrsfläche vernünftiger Weise an Sicherheit erwarten darf.

zu 4: 15 W 102/13 Beschluss vom 22.05.2014
unbekannte Erben

Zur Bedeutung einer Testamentsklausel, nach der eine Vorerbin berechtigt sein soll, durch Verfügung von Todes wegen einen anderen Abkömmling als den testamentarisch Benannten zum Nacherben zu berufen.

zu 5: 15 W 144/13 Beschluss vom 27.05.2014
Nachweis der Erbfolge

Ein Eigentümer kann gem. § 82 GBO zur Beschaffung eines Erbscheins verpflichtet sein, wenn die Vorlage des Erbscheins gem. § 35 GBO zur Grundbuchberichtigung erforderlich ist.

zu 6: 15 W 403/13 Beschluss vom 12.06.2014
Wirkung der Rechtsfähigkeit einer Religionsgemeinschaft

Verleiht ein Bundesland einer Religionsgemeinschaft den Status einer Körperschaft des öffentlichen Rechts, wirkt die durch die Verleihung entstehende Rechtsfähigkeit der Körperschaft des öffentlichen Rechts bundesweit.

zu 7: 15 W 406/13 Beschluss vom 24.06.2014
Kosten des Erbscheinverfahrens

Zum Ansatz einer Gebühr für die Beurkundung einer eidesstattlichen Versicherung bei den Kosten für das Erbscheinverfahren.

zu 8: 15 W 33/14 Beschluss vom 17.06.2014
Umdeutung, Grundbucheintragungsverfahren

Zu den Grenzen für eine Umdeutung im Grundbucheintragungsverfahren.

zu 9: 15 W 94/14 Beschluss vom 06.08.2014
familiengerichtliche Genehmigung, Grundstücksübertragung, Minderjähriger

Zum Erfordernis der familiengerichtlichen Genehmigung der Übertragung eines Grundstücks auf einen Minderjährigen.

zu 10: 15 W 189/14 Beschluss vom 10.07.2014
**Bevollmächtigung, Nachweis, Grundbucheintragung, Abspaltungs- und
Übernahmevertrag**

Zum Nachweis der Bevollmächtigung zum Abschluss eines Abspaltungs- und Übernahmevertrages im Grundbucheintragungsverfahren.

zu 11: 15 W 208/14 Beschluss vom 08.07.2014
Geschäftswert, Erbschein

Zur Berechnung des Geschäftswertes des Verfahrens auf Erteilung eines Erbscheins.

zu 12: 26 U 35/13 Urteil vom 12.08.2014
Zahnärztliche Behandlung, Kosten Aufklärung, andere Behandlungsmöglichkeiten, Eigenknochenzüchtung, Knochenersatzmittel, Knochenentnahme

Eine kostenintensive Zahnbehandlung (Implantatbehandlung mit Knochenaufbau durch Eigenknochenzüchtung) muss nicht bezahlt werden, wenn sich der Patient im Falle seiner ordnungsgemäßen Aufklärung über andere Behandlungsmöglichkeiten (Knochenaufbau durch Verwendung von Knochenersatzmittel oder Knochenentnahme aus dem Beckenkamm) gegen die kostenintensive Behandlung ausgesprochen hätte.

zu 13: 32 SA 46/14 Beschluss vom 09.07.2014
Mahngericht, Kostenfestsetzung, Zuständigkeit

Nach Rücknahme des Antrages auf Erlass des Mahnbescheides vor dem Mahngericht ist für die Kostenfestsetzung nicht das Mahngericht, sondern dasjenige Gericht zuständig, welches im Falle eines streitigen Verfahrens über die geltend gemachten Ansprüche zu befinden hätte.

zu 14: 32 SA 48/14 Beschluss vom 12.08.2014
Zuständigkeitsbestimmung, sachliche Zuständigkeit

1. Eine Zuständigkeitsbestimmung gem. § 36 Abs. 1 Nr. 3 ZPO kann auch dann erfolgen, wenn für die verklagten Streitgenossen eine unterschiedliche sachliche Zuständigkeit besteht.

2. Einer Zuständigkeitsbestimmung gem. § 36 Abs. 1 Nr. 3 ZPO steht nicht entgegen, dass der Kläger vor Stellung des Antrags auf Zuständigkeitsbestimmung auf Hinweis des Gerichts die Abtrennung des Verfahrens gegen einen Beklagten beantragt hat.

3. Die ausschließliche Zuständigkeit eines der Gerichte, die für die Zuständigkeitsbestimmung in Betracht kommen, führt nicht zwingend dazu, dass dieses Gericht als zuständig bestimmt wird; allerdings kommt der ausschließlichen Zuständigkeit bei der Auswahlentscheidung ein erhebliches Gewicht zu (im Anschluss an BGH NJW-RR 2008, 1514, 1515).

Familiensenate

zu 1: 10 UF 115/14 Beschluss vom 07.08.2014
Gerichtlich gebilligter Vergleich

Ein gerichtlich gebilligter Vergleich (§ 156 Abs. 2 FamFG) ist mit der Beschwerde nach §§ 58 ff. FamFG anfechtbar.

zu 2: 11 WF 95/14 Beschluss vom 10.07.2014
Übergang eines titulierten Unterhaltsanspruchs auf ein als Anstalt öffentlichen Rechts organisiertes Jobcenter in Nordrhein-Westfalen, Erteilung der Vollstreckungsklausel

Beantragt in Nordrhein-Westfalen ein kommunales Jobcenter als Anstalt öffentlichen Rechts (§ 3 SGB II-AG NRW) die vollstreckbare Ausfertigung eines Unterhaltstitels, so ist die Rechtsnachfolge offenkundig im Sinne von § 727 ZPO. Denn sie ergibt sich unmittelbar aus § 76 Abs.2 SGB II. Eines gesonderten Nachweises der Rechtsnachfolge im Einzelfall bedarf es nicht.

Strafsenate

zu 1: 1 RBs 124/14 Beschluss vom 24.07.2014

Einspruchsbeschränkung, Zustimmung der Staatsanwaltschaft, Tilgungsfrist, Überliegefrist, Verkehrszentralregister

1. Die Zustimmung der Staatsanwaltschaft zu einer Einspruchsbeschränkung nach Beginn der Hauptverhandlung ist entbehrlich, wenn diese an der Hauptverhandlung nicht teilnimmt.

2. Zur Nichtverwertbarkeit von Eintragungen im Verkehrszentralregister nach Eintritt der Tilgungsreife während des Laufs der sog. Überliegefrist.

zu 2: 1 Ws 305/14 Beschluss vom 24.07.2014

Besetzung des Senats, Erstattung von Gebühren des Wahlverteidigers neben einem Pflichtverteidiger

1. Zur Entscheidung über eine sofortige Beschwerde des Bezirksrevisors gegen die Festsetzung von Wahlverteidigergebühren nach § 464b StPO ist der Senat in der Besetzung mit drei Richtern berufen, nicht der Einzelrichter.

2. Bei einem Zusammentreffen von Wahl- und Pflichtverteidigung sind wegen §§ 464a Abs. 2 Nr. 2 StPO, 91 Abs. 2 S. 2 ZPO grundsätzlich auch insgesamt nur die Kosten für einen Verteidiger erstattungsfähig. Hat das Gericht aber neben einem vorhandenen Wahlverteidiger einen Pflichtverteidiger zur Sicherung eines reibungslosen Verfahrensablaufs bestellt und wurde dies nicht wegen des Verhaltens des Angeklagten oder des Wahlverteidigers erforderlich, sind die Wahlverteidigerkosten in voller Höhe zu erstatten.

zu 3: 1 Ws 360/14 Beschluss vom 21.07.2014

Widerruf der Strafaussetzung zur Bewährung, fehlende Kenntnis des Verurteilten von einem die Bewährungszeit verlängernden Beschluss

Die fehlende Kenntnis des Verurteilten von der Verlängerung der Bewährungszeit bei der Begehung der zum Widerruf führenden neuen Straftat hindert den Widerruf der Strafaussetzung zur Bewährung nach § 56f Abs. 1 Nr. 1 StGB nicht.

zu 4: 1 VAs 21/14 Beschluss vom 18.06.2014

Therapieabbruch, Therapieresistenz, Zurückstellung der Strafvollstreckung

Ein vorangegangener Therapieabbruch muss nicht immer Ausdruck von Therapieresistenz sein, sondern stellt vielmehr häufig ein Symptom der Sucht dar.

zu 5: 2 RVs 17/14 Urteil vom 17.06.2014
Gesamtstrafenbildung, Verschlechterungsverbot, Strafaussetzung zur Bewährung

Darstellungsmangel bei der Gesamtstrafenbildung. Abhängigkeit der Frage der Strafaussetzung zur Bewährung von der gesamten Straffrage. Unzulässigkeit der Strafaussetzung zur Bewährung bei einer Freiheitsstrafe von über 2 Jahren, von der ein Teil für vollstreckt erklärt wird.

zu 6: 2 RVS 33/14 Beschluss vom 29.07.2014
Bestrafung, Besitzes einer geringen Menge von BtM (Marihuana), Eigenverbrauch

Zu den Anforderungen an die Begründung eines Rechtsfolgenausspruchs bei der Bestrafung wegen Besitzes einer geringen Menge von BtM (Marihuana) zum Eigengebrauch.

Hinweis:

- ❖ Die Rechtsprechungsübersicht aktuell finden Sie ebenfalls im Bezirks-Infodienst unter "OLG Hamm/Dezernat 8/Informationen".
- ❖ Die in der Übersicht genannten Entscheidungen stehen Ihnen in der Rechtsprechungsdatenbank (**NRWE**ntscheidungen) der Gerichte in Nordrhein-Westfalen im Volltext zur Verfügung.
- ❖ Die Datenbank im NRW-Justizportal ist auch direkt über die Adresse www.nrwe.de erreichbar.

Herausgegeben von der Pressestelle des Oberlandesgerichts Hamm, 59061 Hamm
verantwortlich: Richter am OLG Christian Nubbemeyer, Pressesprecher
☎ 02381 272-4925 * 📠 02381 272-528 * e-mail pressestelle@olg-hamm.nrw.de
www.olg-hamm.nrw.de